

Manuskript der Einlassung

von Julian Mühlbauer bei der Verhandlung
wegen §86a StGB am 3. November 2015, Landgericht München
(nicht wörtlich vorgetragen)

Ja, ich habe bei der Demonstration gegen die Nato-Kriegskonferenz eine Fahne der Freien Deutschen Jugend getragen – genau genommen mindestens 1 Stunde länger, als die Staatsanwaltschaft mir vorwirft.

Insgesamt wurden an diesem Tag 7 FDJ-Mitglieder und -Sympathisanten festgenommen, nachdem wir bereits ca. 3 Stunden an der Auftaktkundgebung, der Demonstration und der Abschlusskundgebung teilgenommen hatten.

Da hat die Polizei eine vermeintliche Straftat also erstaunlich lange geduldet, bevor sie eingegriffen hat. Dafür aber dann richtig. Dann wurden auch gleich Menschen festgenommen, die ein blaues Transparent mit gelber Schrift ohne jeglichem Emblem getragen haben.

Ich wurde erstmal für ca. 2 h in der Gefangenessammelstelle in einer Seitenstraße festgehalten. Ich war dort die meiste Zeit alleine, aber bewacht von bis zu 8 schwerausgerüsteten Bereitschaftspolizisten und weiteren Kripoleuten, die im Kreis um mich standen. Danach verbrachte man mich in die Sammelzelle in der Ettstraße. Dort war an diesem Tag, für den der Personalbestand deutlich aufgestockt worden sein dürfte, nachweislich nichts los, ich habe insgesamt 9 Verhaftete gezählt.

Es dauerte trotzdem Stunden, bis ich zum ersten Mal einem zuständigen Beamten vorgeführt wurde. Selbst die drei Bereitschaftspolizisten, die mich am Schluss nach ungefähr 5 ½ Stunden allein in der Zelle bewachen mussten, fragten irgendwann, was ich verbochen habe. Dass ein Nazi wegen §86a so lange und gut bewacht festgehalten wurde, haben sie wohl noch nicht erlebt. Das Zeigen des Emblems der FDJ scheint die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ in jedem Fall schwer erschüttert zu haben.

Der polizeiliche Zeuge vor dem Amtsgericht sagte zur Demo gegen die Nato-Kriegskonferenz aus, dass er und vier oder fünf weitere Kripo-Beamte allein auf mich angesetzt waren mit dem Auftrag, mir und der Fahne zu folgen – von den mindestens 25 weiteren Zivilen, die sich um den kleinen Block der FDJ tummelten, ganz zu schweigen.

Da muss jemand gewaltige Angst vor dieser längst untergegangenen geglaubten Jugendorganisation haben.

Wir erwarten unabhängig vom Ausgang dieses Verfahrens keine Rechtssicherheit. Der Gewaltenapparat hat uns mehrfach zu verstehen gegeben, dass ihm Gerichtsurteile egal sind. Und wenn ich bei den diversen Schikanen die ausführenden Polizisten nach der Rechtsgrundlage frage, wird sinngemäß geantwortet: „Die Polizei handelt nie ‘rechtlos’ oder ‘rechtswidrig’, soweit sie nach den von ihren Vorgesetzten ... gesetzten Regeln handelt.“ Das stammt vom Gestapo-Justiziar Werner Best, Himmlers Fachmann in München

Die FDJ ist heute wahrlich keine Millionenorganisation mehr, was macht sie so gefährlich und auf welcher Grundlage werden ihre Mitglieder verfolgt und entrechtet?

Wir verhandeln hier einen angeblichen Straftatbestand, der sich auf ein Verbot bezieht, das von erwiesenen Nazis erlassen wurde und solchen, die den Nazis in Sachen Antikommunismus – abgesehen vom physischen Vernichtungswillen – in Nichts nachstanden.

Von Leuten also, die die industrielle Massenvernichtung von Menschen, den millionenfachen Mord mitorganisiert und mitgetragen haben; oder solchen, die dafür verantwortlich sind, dass das nationalsozialistische Gedankengut und das faschistische Personal nach 1945 nahtlos und in voller Kontinuität in die Gesellschaft und den Staatsapparat der Bundesrepublik Deutschland übernommen werden konnten.

Wir sprechen von einer Zeit, in der mindestens 650.000 Angehörige der SS ungestraft in der Mitte der Gesellschaft lebten und höchste Repräsentanten des NS-Staates und der Terrororganisationen in die höchsten Ämter der BRD aufsteigen konnten – zu Bundespräsidenten, Ministern, Staatssekretären, Generälen der neuen Armee, im Bildungswesen, im Polizei- und Justizapparat etc.

Solche Leute waren es, die damals darüber entschieden, wer oder was verfassungswidrig ist. Die Bundesregierung erließ schon 1951 einen Boykottbeschluss gegen alle Wirtschaftsunternehmen, die mit sogenannten verfassungsfeindlichen Gruppierungen in

Verbindung gebracht wurden. Dort hieß es: »Als verfassungsfeindlich sind die Organisationen anzusehen, die von der Bundesregierung öffentlich als solche bezeichnet werden.«
Das ist gelebte Demokratie!

Die konsensfähige Integrationsideologie der jungen Bundesrepublik war wie 1933 bis 1945 das, was Thomas Mann als die Grundtorheit unserer Epoche bezeichnete: ein militanter vulgärer Antikommunismus. Oder mit den Worten des Vaters des Grundgesetzes, gegen das ich mich gerichtet haben soll, Bundeskanzler Adenauer von 1954: Wenn „Deutschland“ nicht „jedem kommunistischen Druck“ widersteht, ist „kein Halten mehr: dann überschwemmt die kommunistische Flut ganz Europa“. Nur „ein Damm, der gemeinsam von den noch freien Völkern Europas im Verein mit den freien Völkern der Welt errichtet wird“, kann „das weitere Vorrücken der kommunistischen Massen hemmen“.

Dieser Antikommunismus ist seit dem Zweiten verlorenen Weltkrieg das „Grundrauschen der bundesrepublikanischen Politik“ und prägt die politische Kultur dieses Landes bis heute.

Der Rechtsnachfolger des NS-Regimes ging also sofort wieder daran, die Organisationen der Arbeiterbewegung, demokratische und linke Organisationen mit seinem Bann zu belegen.

Die Bilanz von ein paar Jahren deutscher Geschichtsaufarbeitung, nicht etwa Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher, sondern: Über 200.000 Verfahren gegen Menschen aus der Friedens- und Arbeiterbewegung und Zehntausende Berufsverbote gegen Demokraten, Kriegsgegner und Kommunisten und solche, die dafür gehalten wurden. Unter anderem weil sie nach dem Zweiten deutschen Weltkrieg gegen die Aufstellung einer neuen Wehrmacht und die Spaltung des Landes waren. In dieser Zeit wurden etwa 200 Organisationen verboten, darunter neben der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der Kommunistischen Partei auch die FDJ. Die BRD war neben dem faschistischen Spanien das einzige Land in Europa, in dem Verbote von antifaschistischen Organisationen bestanden. In diese Zeit fällt also das FDJ-Verbot, das hier zur Diskussion steht.

Wer ist die FDJ?

Die FDJ war ab 1936 von Jugendlichen unterschiedlicher Weltanschauung im Exil, in Paris, Prag, London und anderswo, gegründet worden. Es waren Sozialdemokraten und Kommunisten, Bündische Jugend und Katholiken, die vor den deutschen Konzentrationslagern geflohen waren, um im Kampf gegen Faschismus und Krieg die Spaltung unter der Jugend zu überwinden. Darunter so „gefährliche Leute“ wie Willy Brandt.

Nach der Befreiung 1945 kämpften diese Jugendlichen für ein einiges, entnazifiziertes und sozialistisches Deutschland, in dem die Grundlagen für Faschismus und Krieg beseitigt sind und das Potsdamer Abkommen umgesetzt ist. Seit 1948 ist die FDJ Mitglied des Weltbundes der Demokratischen Jugend, der als internationaler Zusammenschluss der Jugend gegen Imperialismus, für Frieden und Völkerfreundschaft eintritt.

In Westdeutschland wurde die FDJ verboten, weil große Teile der Jugend ein berechtigtes Bedürfnis hatten, nie wieder einen Krieg erleben zu müssen und das mit den Adenauers, Krupps, Thyssens, den alten und neuen Kriegsgewinnlern nicht zu haben war.

Weil sich im Westen bis zu 50.000 junge Menschen in der FDJ organisiert hatten und die Organisierung der Jugend das gefährlichste für die bestehenden Verhältnisse zu sein scheint.

Sie wurde, wie der Verbotsverfügung von 1951 zu entnehmen ist, angeblich aufgrund so gravierender Vergehen verboten, dass sie Veranstaltungen des Bundeskanzlers oder Bundespräsidenten durch Klatschen gestört oder sich über Demonstrationsverbote hinweggesetzt habe. 1950 hätten Mitglieder der FDJ beispielsweise durch Lärmszenen und Verursachung von Unruhe den Bundespräsidenten am Sprechen gehindert – das klingt gefährlich!

Der FDJ wurde vorgeworfen, gegen die Aufrechterhaltung der Ordnung Propaganda betrieben zu haben. Was wollte die FDJ damals, was schrieb sie in ihrem Aktionsprogramm von 1950? Unter anderem folgendes:

„Schaffung eines einigen deutschen Staates unter einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung [...]. Abschluss eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland [...]. Bekämpfung jeder Kriegspropaganda, Rassen- und Volksverhetzung. Reinigung Deutschlands von allen Kriegsinteressenten und Kriegstreibern [...].“ Das ist es, was die Bundesregierung für verfassungswidrig erklärte und was es heute nach Ansicht der Staatsanwaltschaft immer noch ist.

Im Nachhinein wurde festgestellt, dass die Verbotsverfügung der Bundesregierung selbst rechtswidrig war, so dass das Bundesverwaltungsgericht ein noch haarsträubenderes Urteil in dieser Sache fällen musste. Der vorsitzende Richter, Dr. Ludwig Frege, war im Faschismus am Oberverwaltungsgericht Berlin und als Rechtsgutachter der Deutschen Industriebank tätig. Einer der beisitzenden Richter, das NSDAP-Mitglied Werner Ernst, tat seinen Dienst im Reichsarbeitsministerium, im der Organisation Todt eingegliederten Baustab „Speer-Ost“. Weil sie gegen den Krieg und für den Sozialismus eingetreten sind, weil sie ihr Demonstrationsrecht wahrgenommen haben, wurden allein in den Jahren 1950 bis 1955 über 1.000 Jahre Gefängnisstrafen gegen FDJ'ler verhängt, gegen 35.000 Jugendliche liefen Ermittlungsverfahren. Darum wurde der 21-Jährige Philipp Müller aus München 1952 bei der „Friedenskarawane der Jugend“ in Essen von der Polizei hinterrücks erschossen. Mit solchen Maßnahmen wurde die FDJ im Westen liquidiert und ihre Mitglieder mundtot gemacht.

Eine FDJ Westdeutschland gibt es seit Jahrzehnten nicht mehr. Es dürfte dagegen bekannt sein, dass die FDJ in der DDR nie verboten war, sie hat als einzige Organisation die westdeutsche Annexion überlebt. Und mit dem deutsch-deutschen Einigungsvertrag wurde zwischen BRD und DDR klar geregelt, dass alle Organisationen, die in der DDR legal existierten, nach dem Anschluss in Großdeutschland legal weiter bestehen dürfen. Darunter fällt die FDJ.

Es mag ein Versehen der Herrschenden sein, ein Fehler, den man zu spät bemerkt hat, aber es ist Fakt: Die Annektierer haben sich die FDJ selber wieder ins Land geholt. Diese FDJ kann man traditionsbewusst mit der Außerkraftsetzung von demokratischen Rechten, mit Hausdurchsuchungen und Bespitzelung in ihrem Handeln einschränken, man kann ein Klima der Angst erzeugen, aber sie ist nicht verboten.

Dass das Vereinigungsverbot gegen die FDJ heute keiner rechtsstaatlichen Überprüfung standhalten würde und die heutige Anwendung, wie vom Amtsgericht festgestellt, anachronistisch ist, juckt die Münchner Staatsanwaltschaft und die politische Polizei scheinbar wenig, die uns seit Monaten nachstellen.

Wir hatten seit Februar ca. 25 Festnahmen, Hausdurchsuchungen und unzählige Beschlagnahmungen von Kundgebungsmitteln und Publikationen, mit denen wir unser Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnahmen oder wahrnehmen wollten.

Mal traten wir mit Schildern und FDJ-Emblem auf und der anwesende Kripo-Beamte sagte O-Ton: „Die Schilder sind in Ordnung“ – Wochen später wurde mit Begründung dieser Schilder-Aktion ein Privatzimmer durchsucht, für das kein Durchsuchungsbeschluss vorlag.

Mal wurden bei Protesten gegen die Militarisierung von Kindern zwei FDJ'ler verhaftet, während 200 m Luftlinie weiter vor den Augen der Polizei mindestens sechs Personen in FDJ-Blauhemd standen und unbehelligt Flugblätter verteilten und Reden hielten.

Wir zeigten als FDJ-Gruppe München beim KVR sogar eine Kundgebung vor einer Berufsschule an und hielten diese über eine Stunde unter Polizei- und Staatsschutzbeobachtung ab. Wochen später wird u.a. diese Schulverteilung zur Begründung für Hausdurchsuchungen genommen – man habe herausfinden wollen, wer die Flugblätter verteilt hat. Anstatt auf die Versammlungsanmeldung zu schauen, wird also ein hohes demokratisches Gut außer Kraft gesetzt und noch dazu Räumlichkeiten illegal durchsucht, die nicht vom Durchsuchungsbeschluss gedeckt waren.

Begonnen haben die Schikanen am 2. Februar bei Protesten gegen die Bagida-Rassisten. Dort wurden u.a. zwei unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wegen Tragens eines Transparents gegen Rassismus über Stunden von der Kriminalpolizei verhört – ohne Dolmetscher, ohne Rechtsbeistand, ohne Belehrung und ohne die rechtlichen Vertreter darüber zu informieren. Auf dem Transparent stand der verfassungsgefährdende Satz „Rassisten sind Schweine!“. Ein FDJ-Emblem war nicht zu sehen.

Am 1. Mai konnten wir dagegen ungehindert in Blauhemd und mit Fahne an der DGB-Demonstration und Kundgebung teilnehmen, ebenso am 3. Mai bei den Befreiungsfeierlichkeiten im ehemaligen Konzentrationslager Dachau. Beide Male standen wir ganz offensichtlich unter Beobachtung der politischen Polizei.

Also ich verstehe das ehrlich gesagt nicht. Witzig ist das auf jeden Fall nicht. Wir wissen doch, dass staatliche und polizeiliche Willkür einer der Wesenszüge des Faschismus sind.

Seit Wochen werden also unsere Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlung, Unverletzlichkeit der Wohnung und Organisationsfreiheit massiv eingeschränkt. Uns wird vorgeworfen, das Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation gezeigt zu haben.

Was bitte ist verfassungswidrig?

- Verfassungswidrig ist, dass deutsche Monopole um des Profits Willen giftige Abgase in die Luft blasen und den Tod oder schwere Erkrankung von Hunderttausenden in Kauf nehmen. Und dass VW sich die Verluste jetzt auch noch aus der Staatskasse zahlen lassen will.
- Verfassungswidrig ist, dass die Regierenden in diesem Land mit dieser Geschichte wieder Menschen in Lager sperren wollen, ihnen ihre Menschenwürde, ihre Freiheit, ihre Unversehrtheit nehmen, weil sie hier nicht willkommen sind.
- Verfassungswidrig ist, wenn die Vertreter dieses Staates wieder Menschen in ökonomisch Verwertbare und unnütze Esser unterteilen. Das ist nicht die Rampe von Auschwitz, aber es steckt das gleiche Gedankengut dahinter.
- Grundgesetzwidrig ist die rassistische Hetze die von Pegida, über AfD, CSU bis in die SPD hinein zu hören ist! Bei den Bierzeltauftritten der Elite dieses Landes wähnt man sich auf den Reichsparteitagen des 21. Jahrhunderts.
- Verfassungswidrig ist, dass wir seit dem letzten BKA-Gesetz wieder eine Geheime Staatspolizei mit geheimdienstlichen und polizeilichen Befugnissen haben.
- Dass in diversen Einrichtungen, wie dem Gemeinsamen Terrorismus- und Extremismusabwehrzentrum täglich, stündlich das Trennungsgebot gebrochen wird.
- Dass die Bundeswehr den bewaffneten Einsatz gegen Streiks und Demonstrationen probt – wenn sie jetzt auch noch zur Flüchtlingsabwehr eingesetzt wird, ist die Bürgerkriegsarmee perfekt.
- Dass in Berlin Angriffskriege vorbereitet werden und keine Staatsanwaltschaft ermittelt
- Dass es in Potsdam wieder einen verbotenen Generalstab gibt
- Dass die Bundeswehr den Unterricht in den Schulen übernimmt.
- Dass mit den Hartzgesetzen der Arbeitszwang wieder eingeführt ist, das Recht auf Freizügigkeit aufgehoben ist.
- Dass die BRD völkerrecht- und grundgesetzwidrig die DDR annektiert hat
- Dass dabei das Volkseigentum von 16 Millionen Menschen geraubt wurde, obwohl Eigentum doch der sakrosankte Kern des Grundgesetzes ist. Dass damit die Hartz-Gesetze erst nötig wurden, weil plötzlich ein paar Millionen Erwerbslose mehr im Land waren und die Menschen im Osten und im Westen immer noch nicht vor dem Gesetz gleich sind

Das alles und noch einiges mehr ist verfassungswidrig.

Ich arbeite seit vielen Jahren in einem Zusammenschluss von Jugendlichen, der sich Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik nennt und einen Teil dieser demokratiefeindlichen und militaristischen Maßnahmen dokumentiert. Gegen Spende lasse ich Ihnen gerne ein paar Unterlagen da – da findet sich Material für viele Strafbefehle wegen Bruch des Grundgesetzes.

Die Welt steht offensichtlich vor dem nächsten militärischen Zusammenstoß der Großmächte und sie wollen uns verbieten, mit Jugendlichen gegen Faschismus und Krieg aktiv zu werden? Dass wir Gruppentreffen abhalten, in denen Jugendliche sich als freie eigenständig denkende Menschen zusammenfinden, dass ich auf der Straße mit dem Namen meiner Organisation auftrete und die Ergebnisse dieser Diskussionen anderen mitteile?

Da fragt man sich schon warum:

Weil wir feststellen, dass dieser menschverachtende Kapitalismus, so tief in der Krise steckt, dass er nicht mal mehr in der Lage ist, die Jugend nach seinen eigenen Spielregeln „vernünftig“ auszubeuten?

Weil wir sagen, dass die 1990 wieder größer gewordene BRD zum Krieg treibt und sich ökonomisch und politisch schon halb Europa unterworfen hat?

Dass der Staatsumbau der letzten 25 Jahre, die Verzahnung von Polizei-, Geheimdiensten und Militär, die Außerkraftsetzung demokratischer Rechte, die Militarisierung der Gesellschaft längst zu einem ständigen Notstand der bürgerlichen Republik geführt haben, der weit über die im Grundgesetz verankerte Notstandsgesetzgebung hinausgeht und in manchen Bereichen weiter ist, als die Nazis 1939 waren.

Oder weil die FDJ auch für das „andere Deutschland“, steht und für den sicherlich nicht fehlerfreien Versuch, den Sozialismus aufzubauen?

Die Geschichte hat gezeigt, dass in solchen Zeiten immer die Repression gegen diejenigen zunimmt, die eine Welt ohne kapitalistische Ausbeutung und imperialistische Kriege wollen, und dass diese Repression nicht bei einer Organisation haltmacht.

Wir wissen natürlich, dass die Maßnahmen gegen uns verglichen mit anderen Organisationen noch harmlos sind. Aber selbst die Jugend der IG Bau/Steine/Erden erklärte in den 1950er Jahren: „Wir müssen als Gewerkschaftsjugend damit rechnen, dass es uns ebenso oder ähnlich ergeht. Wir wenden uns deshalb gegen das Verbot der FDJ.“

Uns wird vorgeworfen, eine aufgehende gelbe Sonne auf blauem Grund gezeigt zu haben. Jeder der möchte könnte wissen: Dass die „aufgehende Sonne“ mehr ist als historischer oder nostalgischer Kitsch, sondern für eine Zukunft steht, die sich nicht nach den Kriegs- und Profitinteressen einer Minderheit ausrichtet. Dafür lohnt es sich zu streiten und diese Sonne wird eines Tages aufgehen.

Bis dahin werden aber sicher noch viele Jugendliche vor Gericht gezerrt, ihre Grundrechte beschnitten, das Leben vieler engagierter Menschen ruiniert, viele Strafgefangene verhängt, mit denen dann der nächste NSU oder die NPD-V-Leute finanziert werden.

In einem Land, dessen relativer Reichtum auf der Ausplünderung ganzer Kontinente beruht und durch diese Ausplünderung in der Welt alle drei Sekunden ein Kind verhungert – 1 – 2 – 3 – kann ich nicht einfach ruhig vor mich hin leben und auf die Rente warten.

Schon gar nicht, während Volksverhetzer in Bundestag und Staatskanzlei wieder Lager bauen wollen, um unliebsame Menschen darin zu inhaftieren und sie militärisch zu bewachen.

Wenn dagegen niemand aktiv wird, was passiert als nächstes? Werden dann die Millionen sowieso schon völlig entrechteten und versklavten Erwerbslosen interniert?

In einer Welt, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, in der die einen Wenigen immer reicher werden, während Millionen verhungern und zur Flucht gezwungen werden, gibt es nur eine Antwort:

Die werktätige und lernende Jugend muss sich organisieren gegen Faschismus, Ausbeutung und Krieg. In meinen Augen ist der richtige Ort dafür eben die Freie Deutsche Jugend, unter anderem weil sie sagt:

„Lieber sozialistische Experimente, als großdeutsche Kriege!“